

Ute Osterkamp

Ausgrenzungsmechanismen als Mittel der Herrschaftssicherung — am Beispiel hiesiger Ausländerpolitik

I

Die Ausländerpolitik des Westberliner Senats betrifft nicht nur die eingewanderten Arbeiter und politischen Flüchtlinge, sondern sie ist, wie Opitz (1983) feststellt, in Wirklichkeit Bestandteil eines »strategischen Angriffssyndroms«, das sich gegen die demokratischen Rechte und Friedenshoffnungen der gesamten Bevölkerung richtet. Der Kampf gegen die Ausländerpolitik des Senats bedeutet somit nicht nur Abwehr der Angriffe auf die Immigranten und Asylsuchenden, sondern immer auch Abwehr der Angriffe gegen die arbeitende Bevölkerung insgesamt, wodurch allerdings die Ausländer primär und im erhöhten Maße betroffen sind. Die relative Entrechtung der »Ausländer«, die scheinbar im Interesse aller Deutschen geschieht, bedeutet in Wirklichkeit einen Schritt auf dem Wege zur weiteren Ermächtigung des Kapitals gegenüber der arbeitenden Bevölkerung. Das zu begreifen ist wichtig, weil zum einen nur die Erkenntnis der realen Bedrohung effektive Gegenwehr möglich macht, und weil zum anderen nur eine Solidarität, die sich in erkannter Interessengemeinschaft gründet, zuverlässig und haltbar ist.

Die Ausländerpolitik des Westberliner Senats ist Teil seiner allgemeinen Strategie, die Machtpositionen des Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft und die Positionsgewinne bundesdeutscher Konzerne auf dem Weltmarkt zu festigen. Einer »innovationsfördernden Wirtschaftspolitik« der Regierung — Abbau der Unternehmersteuern, Versuche, die Lohn- und Lohnnebenkosten zu senken und Maßnahmen wie der § 116, die den Zweck haben, die Widerstandskraft der Gewerkschaften zu brechen, steht der Abbau sozialer Rechte der Mehrheit der Lohnabhängigen und der sozial Schwachen gegenüber, die bereits aus dem Lohnsystem herausgefallen sind. Diese an der Profitmaximierung und Weltmarkteroberung orientierte Politik wird mit der Behauptung »begründet«, daß die Aussicht auf Gewinne die Investitionsneigung des Kapitals und damit die Zahl der Arbeitsplätze steigen lasse und also auch im Interesse jener sei, die die Kosten dieser Politik zu tragen haben. In Wirklichkeit sind in dem Zeitraum von 1982 bis 1985 die Unternehmerge-

winne in der Gesamtwirtschaft um 39 Prozent, die Investitionen jedoch nur um 7 Prozent gestiegen. Wenn die Kapitalgewinne überhaupt produktiv — und nicht nur zur Erzielung von Spekulations-, Kurs- und Zinsgewinnen auf den internationalen Geldmärkten — angelegt wurden, dann vornehmlich als Rationalisierungsinvestitionen, die im allgemeinen weitere Arbeitsplätze kosten (siehe z.B. Dolata, 1986).

Die Politik des CDU/FDP-Senats ist — allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz — somit offensichtlich nicht darauf ausgerichtet, die Arbeitslosigkeit wirklich zu überwinden, sondern sie nutzt diese stattdessen zur weiteren Aushöhlung arbeits- und sozialrechtlicher Schutzbestimmungen und zur Ausweitung nicht vertraglich abgesicherter Arbeitsplätze. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist das sog. »Beschäftigungsförderungsgesetz«: Unter den wohlklingenden Begriffen der »Lockerung der Beschäftigungshemmnisse«, der »Entkrampfung der Arbeitsbedingungen«, der »Flexibilisierung der Arbeitszeit« etc. wird die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Arbeitenden systematisch ausgeweitet. Zugleich werden durch das Beschäftigungsförderungsgesetz zweierlei Belegschaften geschaffen: eine, die einen Dauerarbeitsplatz hat und eine andere, die für 7 Tage, für einen Monat, für drei Monate oder für ein halbes Jahr arbeitet (z.B. Feske, 1985). Wolfgang Lecher vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) errechnete, daß die Bevölkerung in 10 bis 20 Jahren etwa aus 25 % Stammarbeitern, 25 % Randarbeitern auf schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsplätzen und schließlich aus 50 % Gelegenheitsjobbern und Arbeitslosen bestehen wird (zit. in Hirsch, 1986). Das birgt die Gefahr, daß die Interessenwidersprüche immer weniger zwischen Kapital und Arbeit und immer mehr innerhalb der Arbeiterschaft selbst, d.h. zwischen einer relativ kleinen Schicht qualifizierter Arbeiter einerseits und den Randarbeitern und Arbeitslosen andererseits erscheinen. Diese Sichtweise wird vom Kapital und seinen Ideologen (z.B. der FAZ) systematisch gefördert. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben und sich für dessen Erhalt einsetzen, die »Arbeitsplatzbesitzenden«, werden für die Arbeitslosigkeit der anderen verantwortlich gemacht. Die Aushöhlung des Kündigungsschutzes durch das Beschäftigungsförderungsgesetz wird somit als Erleichterung des allgemeinen Zugangs zum Arbeitsmarkt, das heißt als gerechtere Verteilung der Arbeitslosigkeit verkauft, die als solche als unvermeidbares Schicksal bzw. Opfer für die »Freiheit« der westlichen Demokratie erscheint; es entspreche darüber hinaus im besonderen Maße den Interessen der einheimischen und diesen rechtlich fast gleichgestellten Arbeitern aus EG Ländern, weil es diese gegenüber Arbeitern aus nicht EG-Staaten bevorteilt.

Die abgestufte Behandlung von deutschen und zugewanderten Arbeitern, die die Annahme ihrer unterschiedlichen »Wertigkeit« nahelegt, ist ein wirksamer Hebel, die Arbeiterschaft für die herrschende Spaltungspolitik zu vereinnahmen, d.h. sie aktiv in die eigene Entmündigung einzubeziehen. Die Tolerierung der unternehmerischen Spaltungspolitik durch die Arbeitenden bedeutet zugleich, daß diese den für das Kapital typischen und letztlich gegen sie selbst gerichteten Herr-im-Hause-Standpunkt akzeptieren, dem gemäß die Existenzberechtigung der Menschen in diesem Land von ihrer unmittelbaren Verwertbarkeit für die herrschenden Interessen abhängt und entfällt, wenn diese nicht mehr gegeben ist.

II

In Berlin (West) leben ca 250 000 Immigranten aus über 150 Nationen. Sie kommen in der Regel aus südeuropäischen, industriell wenig entwickelten Peripherieländern; die meisten von ihnen sind aus der Türkei. Sie wurden zu Zeiten des Arbeitskräftemangels in die Stadt geholt, um den hiesigen Arbeitsmarkt zu »entspannen« d.h., wie es in einer Studie des von Kurt Biedenkopf geleiteten Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik heißt, um zu verhindern, daß infolge des Arbeitskräftemangels die Kosten der Arbeit zu sehr steigen und sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der letzteren verschiebt (s. FAZ v.26.10.84). Die ins Land geholten und zugewanderten Arbeiter hatten von vornherein die besonders schweren, gesundheitschädigenden, unfallgefährdeten, monotonen und schlecht bezahlten Arbeiten zu verrichten; sie bildeten damit eine »Unterschichtung« ihrer deutschen Kollegen und wurden in dem Maße, wie sie für diese eine Entlastung brachten, von ihnen im allgemeinen akzeptiert.

Die immigrierten Arbeiter konzentrieren sich auch heute noch in den unteren Positionen der betrieblichen Hierarchie. Ein großer Teil von ihnen ist als un- oder angelernte Arbeitskraft tätig; nur wenige sind als Facharbeiter beschäftigt. Ein beruflicher Aufstieg von un- bzw. angelernten Positionen zu Facharbeiter- und höheren Stellungen ist selten. Das gilt auch dann, wenn sie gute und weiterführende Ausbildung genossen haben und perfekte Deutschkenntnisse besitzen, d.h. keine Qualifikationsnachteile gegenüber einheimischen Arbeitskollegen aufweisen. Nur wenige Immigranten haben Vorgesetztenpositionen. Die berufliche Abwärtsmobilität liegt dagegen sehr hoch. (s. Kremer und Spangenberg sowie Gaugler et al. in Hoffmann und Even, 1985, S. 17; S. 167). Die systematische Benachteiligung und erhöhte Ausbeutbarkeit der immigrierten Arbeiter bedingt ihre positive Funktion für die west-

deutsche Wirtschaft und gibt ihnen damit, wie Even und Hoffmann (1985, 88ff) herausstellen, zugleich eine gewisse Sicherheit, indem sie auf ihren Arbeitsplätzen vor der Konkurrenz der deutschen Kollegen weitgehend geschützt sind. Diese »Sicherheit«, die ihnen auf Grund ihrer besonderen Entrechtung und Ausbeutbarkeit zukommt, ist jedoch stets gefährdet. Das zum einen durch die noch größere Entrechtung und dadurch bedingte erhöhte Willfährigkeit von Asylbewerbern, und das zum andern dadurch, daß ihre Arbeitsplätze am ehesten durch Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind. Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes ist für immigrierte Arbeiter wiederum besonders hart, weil sie nur dann vom Arbeitsamt Arbeitsplätze zugewiesen bekommen, wenn sich für diese keine deutschen oder Kollegen aus EG-Ländern finden lassen. 16 Prozent der eingewanderten Arbeiter sind derzeit arbeitslos. Unter den offiziell registrierten jugendlichen Arbeitslosen beträgt der »Ausländeranteil« 40 Prozent. Die allgemeine Benachteiligung der eingewanderten Arbeiter trifft im besonderen Maße wiederum die Frauen.

Die Benachteiligung der eingewanderten gegenüber ihren einheimischen Kollegen im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt wird in der Schule systematisch vorprogrammiert. Kaum 50 % der Kinder der Immigranten erreicht den Hauptschulabschluß (Baran, 1986). Auf diese Weise ist dafür gesorgt, daß auch die Kinder und Kindeskiner der Immigranten, selbst wenn sie hier geboren und somit keineswegs mehr »Ausländer« sind, als Rekrutierungsmasse für niedrig bezahlte Arbeiten erhalten bleiben. Nur jeder fünfte »ausländische« Jugendliche erhielt nach einer 1984 vorgelegten Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln eine betriebliche Berufsausbildung. Unter den deutschen Jugendlichen war es immerhin nahezu jeder zweite (Tagesspiegel v. 27.11.84). Derzeit ist die Lage offensichtlich etwas entspannter, so daß in Westberlin jedem zweiten »ausländischen« Schulabgänger ein Ausbildungsplatz zufällt.

III.

Die »Bereitschaft« der immigrierten Arbeiter, unqualifizierte, körperlich schwere, gesundheitsschädigende, monotone, unterbezahlte Arbeit zu verrichten und diskriminierende, krankmachende und die Entwicklung ihrer Kinder massiv beeinträchtigende Lebensbedingungen zu ertragen, ist ihnen durch ihre allgemeine Rechtlosigkeit aufgezwungen, die im Ausländergesetz zu Recht erklärt ist. Jede Auflehnung gegen ihre erhöhte Ausbeutung innerhalb und außerhalb des Betriebes kann letztlich die Ausweisung in ihr Heimatland zur Folge haben, das sie gerade deswegen verlassen mußten, weil sie in ihm keine Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten sahen.

Die zentrale Funktion des Ausländergesetzes ist es, die Zahl der bei uns lebenden und arbeitenden Immigranten entsprechend den Interessen der »Arbeitgeber« flexibel zu halten. Recht ist, was den »deutschen Belangen«, d.h. aber den Interessen der Wirtschaft nützt. Das Recht dient nicht dem Schutz der in Not geratenen Menschen, sondern vielmehr wird die Not der Menschen dazu benutzt, ihre Rechte abzubauen. So ist es nach Vorstellung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unverantwortlich, eine »Gefälligkeitspolitik« gegenüber eingewanderten Arbeitskräften, die »uns« zu Zeiten des Arbeitskräftemangels aufgezwungen worden ist, in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit beizubehalten und damit freiwillig den »Spielraum zur Steuerung des ... Arbeitsmarktes für Ausländer« einzuengen (1983). Die »Arbeitgeber« fordern somit in aller Entschiedenheit, daß die Rechte der Arbeitsmigranten den neuen Realitäten angepaßt werden, und die Bundesregierung und der Westberliner Senat bemühen sich in gewohnter Eilfertigkeit, diesem Verlangen nachzukommen. Die Menschenrechte, auf die sich unsere Regierenden zu berufen pflegen, wann immer sie sich als Waffen nutzen lassen, um eigenes Terrain zu sichern und auszuweiten, werden stillschweigend übergangen, sowie sie mit den herrschenden Interessen kollidieren.

IV

Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die Ausländerpolitik des Westberliner Senats zunehmend durch das immer wieder verkündete Ziel bestimmt, die Zahl der bei uns lebenden Ausländer zu reduzieren. Dieser Absicht entsprechen eine Reihe restriktiver Maßnahmen, die mit dem Lummer-Erlaß (1981) ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Nicht die Probleme, die die Ausländer bei der Eingewöhnung in die für sie fremden Verhältnisse haben und die sich mit der Krise massiv verschärfen, stehen im Mittelpunkt der Ausländerpolitik, sondern die Ausländer selbst werden zum Problem erklärt. Die von Lummer propagierte »radikale« Problemlösung sieht dann so aus, daß man diejenigen, die man nicht mehr gebrauchen kann, so schnell wie möglich loszuwerden versucht. (Der Unterschied zur »Radikalität« der Neonazis besteht im wesentlichen darin, daß man den Rausschmiß nicht für alle, sondern nur für die »nicht-integrierbaren«, »nutzlosen« Ausländer anstrebt und dieses Ziel nicht unter Einsatz persönlichen Terrors, sondern auf indirektem Weg, durch den Abbau sozialer Rechte durchzusetzen versucht). Eine solche »Radikalität« entspricht voll der Logik des Kapitals, der gemäß der Wert der Menschen von ihrer Verwertbarkeit für die herrschenden Interessen abhängt. Sie geht nicht den Ursachen der Krise und der Probleme der Menschen auf den Grund, sondern versucht den

»inneren Frieden« zu wahren, indem sie die Menschen ausgrenzt, die durch die Krise und deren Folgen am stärksten betroffen sind. Die Verschärfung der Ausländerpolitik wird dann nicht selten durch die »Ausländerfeindlichkeit« der politischen Rechten begründet, die man zugleich dadurch bestätigt, daß man die faktische Ausgrenzung der »Ausländer« durch eine ideologische Offensive, in der man ihre »Fremdartigkeit«, »Nicht-Dazugehörigkeit«, »mangelnde Integrierbarkeit« etc. behauptet, »rechtfertigt« und absichert. Eine solche Kampagne trifft in Teilen der Bevölkerung durchaus auf offene Ohren, indem ihr suggeriert wird, daß mit der Entfernung der »Ausländer« ihre existentiellen Sorgen behoben sein werden. Je größer der Druck ihrer Situation ist, umso mehr werden sie diesen Ausweg »spontan« in Wort und Tat verfechten.

V

Eine entsprechende Entwicklung wie in Westberlin vollzog sich auch in der Bundesrepublik. Die von Innenminister Zimmermann im September 1983 vorgelegte »Konzeption für das neue Ausländergesetz« deckt sich im wesentlichen mit den Auffassungen Lammers und der Arbeitgeberverbände (s.a. Osterkamp, 1984). Sie mußte — infolge des Einspruchs durch den Koalitionspartner FDP — vorläufig zurückgestellt werden. Der Einspruch der FDP richtete sich jedoch nicht prinzipiell gegen die geplanten weiteren Verschärfungen des Ausländergesetzes, sondern hielt diese nur angesichts der »rückläufigen Ausländerzahlen« für überflüssig. Daran, daß die Zahl der Ausländer »begrenzt« bleiben muß (auch wenn aller Orten über die schwindende Bevölkerungszahl lamentiert wird) besteht nicht der geringste Zweifel. Die FDP teilt durchaus die allgemeine Auffassung: man hat zwar nichts gegen die Ausländer, solange sie sich den »deutschen Belangen« unterordnen, aber sie dürfen nicht überhand nehmen und müssen entsprechend kurzgehalten werden. Ausdrücklich wird von der Bundesregierung hervorgehoben, daß man sofort zu weiteren einschneidenden Maßnahmen greifen wird, sobald wieder mehr Ausländer ein- als auswandern. Dieser Zeitpunkt wurde bereits 1985 erreicht. Die entsprechenden Gegenmaßnahmen sollen jedoch, wie es im Bundesinnenministerium heißt, erst getroffen werden, wenn in Verhandlungen mit der türkischen Regierung geklärt sei, wieweit diese — in Gegenleistung für Wirtschafts- und Militärhilfe in Milliardenhöhe — bereit ist, vorerst auf die Freizügigkeitsregelung zu verzichten, die mit dem im Dezember 1986 in kraft getretenen Assoziierungsabkommen den türkischen Arbeitsmigranten gleiche Rechte wie den EG-Ausländern einräumt. Die für zukünftige »Fehlentwicklungen

gen« angedrohten Verschärfungen des Ausländerrechts bzw. der Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten der Immigranten überschatten aber bereits jetzt schon massiv deren aktuelle Lage und beeinträchtigen radikal deren objektiven und subjektiven Entwicklungsmöglichkeiten.

VI

Die »Unterschichtung« der einheimischen Bevölkerung durch die Immigranten besteht nicht nur im Arbeits- und Ausbildungsbereich, sondern auch in allen übrigen Lebensbereichen. Sie sind damit auch in der sog. Freizeit vielfältigen gesundheitlichen Gefährdungen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Das trifft im besonderen Maße die Kinder. Viele von ihnen leiden an Asthma, Bronchitis, Tuberkulose. Die sozialen Verhältnisse, unter denen die eingewanderten Familien zu leben gezwungen sind, macht es zudem kranken Kindern schwer, gesund zu werden; ihre Krankheiten verlaufen meist chronisch. Infolge beengter Wohnverhältnisse und mangelhafter Infrastruktur des Wohngebiets sind sie zugleich überdurchschnittlich häufig Opfer von Unfällen im Haus und auf der Straße. Die Kinder der hier eingewanderten Arbeiterfamilien erleben ihre Außenseiterrolle sehr früh. Als Folge davon treten schon bei sehr kleinen Kindern immer häufiger psychische und psychosomatische Störungen, d.h. Krankheiten aufgrund psychischer Konflikte und Ängste auf. Sie äußern sich in Verhaltensauffälligkeiten wie Bettnässen, Stottern, in Sprachverweigerung und Lernhemmungen (s. Montazami-Dabui, 1986). Solche Folgen objektiver Entwicklungsbehinderungen und Ausgrenzung werden dann wieder zum Anlaß genommen, die Kinder auf die Sonderschule abzuschicken. Da für die nächste Zukunft ohnehin ein großer Teil der — vor allem »ausländischen« — Jugendlichen arbeitslos sein wird, sieht man deren Entwicklungsförderung offensichtlich als bloße Verschwendung an. Der brutalste Ausdruck des allgemeinen Desinteresses an dem persönlichen Wohl und der Gesundheit der Einwanderer und ihrer Familien zeigt sich darin, daß die Sterblichkeit der Neugeborenen bei ihnen fast doppelt so hoch ist wie bei den Westberlinern. Nicht diese Fakten geben dem ehemaligen Westberliner Innenminister und jetzigen Bundestagsabgeordneten Lummer Anlaß zur Sorge, sondern das Gespenst einer »zu hohen Geburtenrate« bei den Ausländern (s. z.B. Spiegel, 12, 1986). Dieses Gespenst wird durch entsprechende Zahlenmanipulationen systematisch gepäpelt, indem man z.B. die »Geburtenrate« der in der Regel jungen Einwanderinnen nicht mit der gleichaltriger, sondern aller einheimischen Frauen vergleicht.

Besonders unmenschliche Form nimmt die Ausländerpolitik bei Asyl-

bewerbern an. Diese trifft der ganze Zorn über eine (durch die Verfassung aufgezwungene) Menschlichkeit, die sich für die Interessen der Herrschenden nicht verwerten läßt. Sie werden immer wieder als Schmarotzer, Kriminelle, Rauschgiftsüchtige und Gefahr für das »deutsche Volk« verhandelt, die man schnellst möglich loszuwerden trachtet. Sie werden in Massenlagern mit z.T. katastrophalen sanitären und hygienischen Bedingungen, unter ständiger Kontrolle und Reglementierung gehalten. Sie haben, wie die Ärztgruppe »Asyl« dokumentiert, kein Recht auf medizinische Versorgung, kein Recht auf freie Arztwahl, kein Recht auf eine menschenwürdige Existenz (1986, s.a. Dokumentation des Hearings über die soziale und rechtliche Lage der Asylbewerber in West-Berlin vom 20.-22.1.1984). Wie wenig den Politikern Gesundheit und Leben der Menschen gilt, die sich nicht für die eigenen materiellen und politischen Zwecke verwerten lassen und wie weit sie gehen würden, wenn sie nicht auf Gegenkräfte stießen, zeigt die Anordnung einer bestimmten Stelle des Westberliner Senats, die 1984 an alle Krankenhäuser ergangen ist. Diese besagt, daß Kinder von Asylbewerbern bzw. die Asylbewerber selbst nur in akuter Lebensgefahr in ein Krankenhaus aufzunehmen und schnellst möglich wieder zu entlassen sind, genau in die Bedingungen, die in der Regel ihre lebensgefährliche Krankheit verursacht haben (Montazami-Dabui, 1986). Eine Verschärfung der allgemeinen Entrechtung und Entwürdigung, denen »Ausländer« in unserem Land ausgesetzt sind, erfahren die »Abschiebehäftlinge«. Der Selbstmord Kemal Altuns und der Erstickungstod der sechs Flüchtlinge in der Silvesternacht 83/84 sind nur die krassen Beispiele dafür, in welcher existentiellen Bedrängnis die Ausländerpolitik des Westberliner Senats Asylbewerber bringt.

VII

Die Politik der Ausgrenzung und Abschreckung wird — mit der »Begründung«, daß die Integration der Ausländer die Reduzierung ihrer Zahl voraussetzt — als »Integrationspolitik« verkauft, zu der man nicht nur die Zustimmung der Mehrheit der Einheimischen, sondern auch der Ausländer zu haben behauptet. So legt der Westberliner Senat immer wieder Untersuchungen vor, denen zufolge der überwiegende Teil der Immigranten — trotz der massiven Beschneidung ihrer Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Stadt — »zufrieden« wenn nicht gar »sehr zufrieden« ist. Diese Zufriedenheit der Einwanderer mit ihrer entrechteten Situation bedeutet jedoch bestenfalls, daß sie gelernt haben, daß jede Kritik an den ihnen zugestandenen Lebensbedingungen als mangelnde »Integrationsbereitschaft« auf ihrer Seite gewertet wird

und sich negativ auf ihr weiteres Schicksal auswirken könnte. Wer in dieser Gesellschaft etwas erreichen oder auch nur geduldet werden will, hat seine prinzipielle Ergebenheit ihr gegenüber zu demonstrieren. Wer dazu nicht bereit ist, stellt sich nach herrschender Auffassung selbst ins Abseits und hat die Konsequenzen zu tragen. Die stets wiederholte Behauptung, daß Gleichberechtigung nur am Ende und nicht am Anfang der Integration stehen kann, spiegelt genau die herrschende Auffassung wieder, der gemäß der einzelne Rechte nur in dem Maße beanspruchen kann, wie er sich der herrschenden Ordnung kritik- und reibungslos unterwirft.

VIII

Die herrschende Auffassung, daß sich die Immigranten nur solange bei uns aufhalten sollten, wie sie gebraucht werden und möglichst unaufgefordert zu verschwinden hätten, wenn das nicht mehr der Fall ist, entspricht jedoch immer weniger deren Selbstverständnis. Sie haben sich vielmehr — allen widrigen Umständen zum Trotz — auf ein Leben bei uns eingestellt. Im Wissen um ihre erbrachten Leistungen sind sie immer weniger bereit, sich damit abzufinden, Bürger minderen Rechts zu sein. Immer nachdrücklicher erheben sie Anspruch auf volle Gleichberechtigung. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die faktische Integration der ausländischen Bürger zu unterbinden, ist das eigentliche Ziel der »Integrationspolitik« des Westberliner Senats. Die neueste Variante dieser »Integrationspolitik« ist, daß man den Ausländern eine »klare Entscheidung« zwischen Einbürgerung und Rückkehr abverlangt. Diese »Wahl«, vor die man die immigrierten Bürger stellt, verschleiern zum einen, daß die Rückkehr für viele aus materiellen und immateriellen Gründen unmöglich ist. Und sie verschleiern zum anderen, daß die Einbürgerung wiederum den Nachweis bestimmter »Integrationsleistungen« (etwa gesicherter Arbeitsplatz, angemessene Wohnung, abgeschlossene Ausbildung) voraussetzt, deren Erbringung aber gerade durch die Politik des Westberliner Senats systematisch behindert werden. Diese Scheinwahl übersieht vor allem auch, daß man die alte Heimat bestenfalls unter der Bedingung aufgeben kann, daß man eine neue Zugehörigkeit gefunden hat, dem aber wiederum die allgemeine Ausgrenzungspolitik entgegensteht etc.

IX

Das uralte Erfolgskonzept der herrschenden Klasse lautet: teile und herrsche. Das bedeutet aber, daß es ihr immer wieder gelingt, Teile der Bevölkerung für ihre unmenschliche, gegen die Interessen der Mehrheit

der Bevölkerung gerichtete Politik einzuspannen. Auch die offizielle Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Arbeitsmigranten und Asylsuchenden findet in Teilen der Bevölkerung Anklang, worauf sich Scharfmacher wie Lummer, Strauß und andere immer wieder berufen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die allgemein defensive Lebenshaltung, der gemäß sich die Menschen nicht für die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Situation ihrer Mitmenschen verantwortlich sehen, sondern vor allem darauf bedacht sind, ihren individuellen Vorteil bzw. den Vorteil ihrer Gruppe, von der wiederum ihre eigene Sicherheit abhängt, innerhalb der jeweiligen Verhältnisse gegenüber anderen zu wahren. Sofern die Krisenlasten vorwiegend andere treffen, fühlt man sich beruhigt und nur »von unten«, d.h. durch die Gefahr bedroht, möglicherweise mit den Ausgegrenzten in einen Topf geworfen oder von ihnen um Beistand angegangen zu werden. Unter diesen Umständen wird man alles tun, um die Distanz zu den jeweils Gefährdeten so groß wie möglich zu halten. So kommt es zu dem allgemein bekannten Phänomen, daß in der Regel gerade diejenigen, deren Situation am wenigsten von der der Ausgegrenzten zu unterscheiden ist, sich um der eigenen »Integration« willen am intensivsten von diesen abzugrenzen suchen. Die Abgrenzung gegenüber anderen bedeutet automatisch die aktive Beteiligung an deren Ausgrenzung, und diese aktive Komplizenschaft an der herrschenden Politik ist zugleich das wirkungsvollste Mittel, mit der die Menschen an diese gebunden werden. Die faktische Gewalt, die man anderen damit antut, daß man sich von ihnen abgrenzt, verschwindet im subjektiven Erleben gewöhnlich hinter der eigenen Angst, aus der heraus man die allgemeine Ausgrenzungspolitik toleriert und sich damit zu deren Gehilfen macht. Indem aber die Menschen die herrschende Ausgrenzungspolitik mittragen, schärfen sie zugleich die Waffe, durch die sie selbst bedroht sind. Genau diesen Sachverhalt gilt es — um der Spaltungspolitik entgegenzuwirken — immer wieder aufzudecken, nämlich daß die Demonstration der eigenen Wohlständigkeit/Dazugehörigkeit in Abhebung und Ausgrenzung anderer letztlich die Unsicherheit der eigenen Existenz festigt und stärkt, unter der solche defensiven, gegen menschliche Lebens- und Entwicklungsinteressen gerichteten Tendenzen »spontan« das Verhalten bestimmen.

X

Die Anpassung an die herrschende Ausgrenzungspolitik greift auch dort, wo die Kapitalherrschaft am unmittelbarsten erfahren wird und der Kontakt zwischen Aus- und Inländern — vermittelt über die Arbeit — oberflächlich intensiv ist: im Betrieb. Wenn immer wieder — von

Politikern, Unternehmern, aber auch von Gewerkschaftern — behauptet wird, daß die Beziehungen zwischen In- und Ausländern im Produktionsbereich gut seien und es hier keine »Ausländerfeindlichkeit« gebe, trifft das offensichtlich nur dann zu, wenn man einen sehr groben Begriff von »Ausländerfeindlichkeit« hat, das heißt, wenn man diese im wesentlichen an irgendwelchen rechtsradikalen Äußerungen oder Störungen des »Betriebsfriedens«, d.h. daran mißt, wieweit die »Ausländer« den Deutschen zum Ärgernis werden, sie nicht mehr unbedingt nach deren Vorstellungen und Interessen funktionieren. Geht man davon aus, wie die Immigranten die Situation erleben, zeigt sich, daß sich viele von ihnen — obwohl sie sich selbst an deren gewerkschaftlichen Forderungen und Arbeitskämpfen im besonders hohen Maße beteiligen — von ihren deutschen Kollegen, wenn es um ihre eigenen Probleme geht, häufig im Stich gelassen und diskriminiert fühlen (s. Hoffmann und Even, a.a.O.). Die zugewanderten Arbeiter werden, so Hoffmann und Even, von der jeweiligen Betriebsleitung im allgemeinen als Randbelegschaft gesehen, auf die man langfristig verzichten kann, von der man aber bis zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens das Maximum an Leistung herauszuholen sucht. Diese Einstellung der Vorgesetzten ist — wie Hoffmann und Even betonen — keineswegs bewußtes Kalkül, sondern entspricht der unbewußten Übernahme des allgemeinen Grundkonsenses über die Funktion der »Ausländer« in unserem Lande. Sie findet im allgemeinen auch die stillschweigende Zustimmung der deutschen Belegschaft. »Ausländerfeindlichkeit« ist somit in der Regel kein gezielter aggressiver Akt gegen die Immigranten, sondern sie entspricht vielmehr der unter unseren Verhältnissen verbreiteten Haltung, Konflikte dadurch zu umgehen, daß man Belastungen, die zu ihnen führen könnten, gemeinsam auf andere abzuwälzen und so den »inneren Frieden« zu wahren sucht. Die allgemeine Verschärfung der Arbeitsbedingungen wird, indem sie vorwiegend den zugewanderten Kollegen aufgebürdet wird, von der einheimischen Belegschaft unter Umständen sogar als Privilegierung gegenüber diesen empfunden und damit relativ widerstandslos hingenommen und auf diese Weise durch die Hintertür bzw. für die nahe Zukunft auch für sie selbst faktisch akzeptiert. Nur die Solidarität der einheimischen Werktätigen mit ihren immigrierten Kollegen würde in aller Deutlichkeit die »Ausländerfeindlichkeit«, die systematische Benachteiligung der Immigranten, unmittelbar als das erscheinen lassen, was sie in Wirklichkeit ist: als eine gegen die Interessen aller arbeitenden Menschen gerichtete Politik; sie würde zugleich die Notwendigkeit gemeinsamer Gegenmaßnahmen unmittelbar erlebbar werden lassen. Genau diese Erfahrung soll aber durch die Spal-

tungspolitik verhindert werden. — Das unguete Gefühl über die eigene mangelnde Solidarität mit den diskriminierten Kollegen versucht man dann in der Regel durch deren Verhalten zu rechtfertigen. Gründe hierfür lassen sich immer finden. Nicht zuletzt wird den im Stich Gelassenen gerade die Tatsache angelastet, daß sie sich in erhöhtem Maße ausbeuten, d.h. die schmutzigsten und schlechtbezahltesten Arbeiten aufbürden lassen — was ja nicht nur bedeutet, daß die einheimischen Kollegen von diesen entlastet sind, sondern auch zugleich die allgemeinen Normen verdirbt und damit langfristig auch die Situation der Einheimischen verschlechtert. Daß den zugewanderten Arbeitern die Grundlage dafür entzogen ist, sich gegen die Maßnahmen und Anordnungen der Betriebsführung zur Wehr zu setzen, wenn es die einheimischen Kollegen ihnen gegenüber an Solidarität fehlen lassen, wird dabei geflissentlich übersehen. Die Situation wird dadurch noch komplizierter, daß einige immigrierte Arbeiter, wie die Untersuchung von Hoffmann und Even zeigt, auf ihre allgemeine Benachteiligung dadurch reagieren, daß sie aus der Not eine Tugend machen und aus ihrer erhöhten Ausbeutbarkeit, d.h. der Bereitschaft, diejenigen Arbeiten zu machen, für die sich keine deutschen Kollegen finden lassen, ihr Selbstwertgefühl beziehen, und damit den herrschenden Standpunkt selbst verinnerlichen. Je mehr solche Mechanismen und Konsequenzen der gegenseitigen Ausgrenzungen auf den Begriff gebracht werden, umso eher ist die Möglichkeit gegeben, gezielt gegen sie anzugehen.

Im allgemeinen haben Immigranten einen sehr viel differenzierteren Maßstab für »Ausländerfeindlichkeit« als die Einheimischen; sie erleben alle Handlungen, die ihnen mindere Rechte als den Deutschen zugestehen, als feindlich und gegen ihre persönliche Integrität gerichtet. So leiden sie vor allem, wie Hoffmann und Even zeigen, unter der ständigen Erfahrung, nur geduldet zu sein, solange sie widerspruchslos gemäß den herrschenden Interessen funktionieren, also gerade unter der Haltung, die den Deutschen so selbstverständlich ist, daß sie im allgemeinen gar nicht auf die Idee kommen, diese als »ausländerfeindlich« zu bezeichnen. Lehnen sie sich gegen diese allgemeine Benachteiligung auf, hören sie nicht selten — auch von manchen der einheimischen Kollegen —, daß sie ja gehen können, wenn es ihnen hier nicht paßt. Die »Freiheit«, die bei uns jedem einzelnen gelassen wird, besteht offensichtlich darin, die Kröte zu schlucken, die einem serviert wird oder zu verhungern. Solange die Immigranten trotz ihrer allgemeinen Entrechtung nicht gehen, ist das dieser Logik zufolge nur ein Beweis dafür, daß es ihnen bei uns immer noch zu gut geht, man also in ihrer allgemeinen Entrechtung und Ausbeutung »noch einen Zahn zulegen« kann.

XI

Der Begriff »Ausländerfeindlichkeit« ist, wie auch aus den Untersuchungen von Hoffmann und Even hervorgeht, mißverständlich, weil er das Problem ins rein Subjektive, Individuelle verlagert und die persönliche emotionale Haltung der Einheimischen — Vorgesetzten, Unternehmer, Kollegen etc. — als zentral erscheinen läßt. Dabei geraten sowohl die realen Ursachen der negativen Stimmung als auch die Tatsache aus dem Blickfeld, daß auch diejenigen, die keine feindlichen Gefühle gegen die Immigranten und Asylsuchenden hegen oder äußern, aber deren allgemeine Ausgrenzung und Diskriminierung tolerieren, durchaus gegen deren Interessen verstoßen und sich somit an der offiziellen Ausgrenzungspolitik aktiv beteiligen. Die »neutrale«= gleichgültige oder gar »positive« Haltung, die vorwiegend in den »besser gestellten Schichten« gegenüber »Ausländern« zu finden ist, beruht nicht selten darauf, daß man sich durch diese unbedroht fühlen kann bzw. unmittelbare Vorteile von deren Existenz in unserem Lande hat, also an deren allgemeiner Ausbeutung im höheren Maße beteiligt ist. Aber die Tatsache, daß ich von der Existenz der anderen Vorteile habe und deswegen für sie bin, ist nicht weniger fragwürdig als daß ich ihnen feindlich gesonnen bin, weil ich ihre Konkurrenz fürchte. Gerade Unternehmer sind, wie sie nicht müde werden zu betonen, durchaus vorurteilsfrei und »ausländerfreundlich«, und auch die Bundesregierung läßt durch ihre Ausländerbeauftragte Frau Funcke wissen, daß für bestimmte Jobs und Zeiten »auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer.. nicht verzichtet werden« könne (z.B. FAZ und Tagesspiegel v. 17.9.86). Diese unter unseren Verhältnissen herrschende, unreflektierte Vorstellung, der gemäß der Wert und die Existenzberechtigung der anderen davon abhängt, wieweit sie für die »deutschen Belange« bzw. für meine private Existenz von Nutzen oder Nachteil sind, ist aber gerade der allgemeine Hintergrund für die besondere Facette »Ausländerfeindlichkeit«. Diese läßt sich somit nur mit den ökonomischen und politischen Bedingungen, die eine solche nationalistisch/privatistisch-egozentrische Denkweise »nahelegen«, überwinden. Der Kampf gegen »Ausländerfeindlichkeit«, der sich nur auf offene Angriffe einzelner gegen »Ausländer« konzentriert, geht somit letztlich immer ins Leere. Er richtet sich im wesentlichen gegen die Opfer der herrschenden Politik, in der nicht die Lebensinteressen aller Menschen die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen, sondern sich der »Wirtschaft« bzw. den Interessen derjenigen unterzuordnen haben, die über die Mittel der Produktion verfügen. Er »integriert« sich damit genau in die allgemeine Ausgrenzungspraxis, die es zu überwinden gilt: Diese richtet sich nunmehr gegen jene, die

den ihnen gewiesenen Ausweg aus der Situation der allgemeinen Perspektiv- und Bedeutungslosigkeit in besonders »radikaler« Form umzusetzen suchen und damit die herrschende Ordnung und den auf dieser basierenden Konsens zu entlarven drohen und somit auch in deren Interesse äußerlich eingeschränkt werden müssen.

XII

»Ausländerfeindlichkeit«, das heißt die objektive Benachteiligung und Ausgrenzung der zugewanderten Arbeiter und Flüchtlinge, ist, wie Hoffmann und Even immer wieder hervorheben, nicht ein Merkmal der Handlungen einzelner, ihrer individuellen Aggressivität und Gemeinheit, sondern sie besteht in der gesamten sozialen Wirklichkeit, in der Koalition aller Faktoren, die auf das Leben der Immigranten einwirken und in der die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber ihrer subjektiven Situation bestimmend ist. Unsere Gesellschaft wird von den Immigranten und Flüchtlingen, so Hoffmann und Even, als geschlossene Front erlebt, die den Zugewanderten nicht nur die Kraft raubt, sondern ihnen auch die Legitimität nimmt, sich dagegen zu wehren. Nur auf der Grundlage einer solchen Koalition des Desinteresses an der Situation der Immigranten werden »ausländerfeindliche« Ausschreitungen möglich und wahrscheinlich.

Die allgemeine Tolerierung der Benachteiligung und mehr oder weniger sublimen Ausgrenzung der Immigranten und Asylsuchenden ist in der Regel so »selbstverständlich«, daß, wie Hoffmann und Even feststellen, es nicht eines individuellen Entschlusses bedarf, um sie mitzutragen, sondern um sich ihr zu entziehen bzw. gegen sie anzugehen. Es verlange einen guten Schuß an nonkonformistischem Denken, Mut und Stehvermögen, um den herrschenden Konsens, daß sich die »Ausländer« den Interessen der Deutschen unterzuordnen haben, in seiner wirklichen Bedeutung auf den Begriff zu bringen und gegen ihn anzugehen (a.a.O., 206). Auch im Betrieb gibt es, so Hoffmann und Even, zwischen einer kleinen Minderheit, die aktiv gegen die immigrierten Kollegen Stimmung macht und den wenigen, die deren Partei ergreifen, eine breite Mehrheit, die sich zwar selbst nicht exponiert, aber im Zweifelsfall — schon um sich selbst nicht aus dem herrschenden Konsens herauszubewegen und damit eigentätig zu isolieren und auszugrenzen — neben den allgemeinen Benachteiligungen ihrer immigrierten Kollegen auch unmittelbar »ausländerfeindliche« Verhaltensweisen und Äußerungen einzelner Vorgesetzter und Kollegen unwidersprochen hinnehmen. Das ist umso eher der Fall, als viele Angriffe unfafbar, etwa in »spaßige Form« gekleidet sind und somit oberflächlich als besondere Form der

Zuwendung erscheinen etc. Die Mitläufer und nicht die extremistischen Einzelgänger seien es jedoch, die über das allgemeine Klima entscheiden (a.a.O., 199).

XIII

Der — partielle — Ausschluß aus der Solidarität der einheimischen Kollegen trifft, wie Hoffmann und Even zeigen, die eingewanderten Arbeiter besonders hart und läßt viele von ihnen resignieren. Um ein Mindestmaß an Selbstachtung zu wahren und sich gegen die ständigen Erniedrigungen und Verletzungen abzuschirmen, ziehen sie sich dann ihrerseits nicht selten auf ihre »nationale Identität« zurück und grenzen sich von »den Deutschen« insgesamt ab. In dem Maße aber, wie sie das tun, entwaffnen sie sich quasi selbsttätig dadurch, daß sie in ihrem eigenen Verhalten — allerdings auf einer sehr viel schlechteren Ausgangsbasis — die Ausgrenzungspolitik der Deutschen wiederholen und auf diese Weise bestätigen, statt diese und deren Ursachen offen anzugehen. Der Kampf gegen »Ausländerfeindlichkeit« schließt somit immer auch den Kampf gegen die »personalisierende« Sichtweise ein, die stets, indem sie von den objektiven Ursachen subjektiven Verhaltens und Elends ablenkt, im herrschenden Interesse ist. Nur in dem Maße, wie die Kollegen das Verhalten der anderen nicht auf deren persönlichen oder auch nationalen »Charakter« zurückführen, sondern es in seinen realen Ursachen und in seiner gesellschaftlichen wie individuellen Funktion erkennen, bleiben sie handlungsfähig.

Die immigrierten Arbeiter können nur dann wirksam gegen ihre allgemeine Benachteiligung angehen, wenn sie die mangelnde Solidarität der einheimischen Kollegen, die diese erst möglich macht, nicht nur beklagen, sondern sich und anderen klarmachen, daß sich diese letztlich gegen die Interessen aller abhängig Beschäftigten richtet, die Solidarität untereinander somit kein Akt der Nächstenliebe ist, den die immigrierten Arbeiter von ihren deutschen Kollegen fordern, sondern dem unmittelbaren Eigeninteresse auch der Einheimischen entspricht. Das gilt aber auch für die einheimischen Kollegen: Nur wenn wir uns jeder Form der Einschränkung menschlicher Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten, wen immer sie treffen, widersetzen, handeln wir im eigenen Interesse. Jede Duldung der Abwälzung der Krisenlasten auf bestimmte Teile der Bevölkerung bedeutet, daß wir die herrschende Ausgrenzungspolitik rechtfertigen bzw. mittragen und wehrlos sind, wenn wir selbst durch sie betroffen sind. Der Kampf gegen die »Ausländerfeindlichkeit« ist somit identisch mit dem Kampf um ein menschenwürdiges Leben aller, und zu einem solchen menschenwürdigen Leben gehören

nicht nur ein gewisser Lebensstandard und individuelle Existenzsicherung, sondern immer auch, daß wir uns nicht für die herrschenden Interessen instrumentalisieren, d.h. uns nicht um des scheinbar unmittelbaren Vorteils willen bestechen lassen, aktiv an der Ausgrenzung anderer und damit an unserer eigenen Entmächtigung zu beteiligen. Nur gemeinsam läßt sich der allgemeine Abbau politischer und sozialer Rechte verhindern, und die Stärkung der politischen Rechte der Immigranten bedeutet zugleich auch die Stärkung der Rechte der abhängig Beschäftigten insgesamt. Dieser Erkenntnis tragen die gewerkschaftlichen Forderungen im zunehmenden Maße Rechnung.

In dem Maße wie wir die herrschenden Spaltungen — und Vereinnahmungstrategien in ihren realen Ursachen sowie in ihren objektiven und subjektiven Folgen erkennen und die Notwendigkeit gemeinsamer Gegenwehr begreifen, wird nationalistisches Denken, dem gemäß der Wert der jeweils anderen von ihrer Brauchbarkeit für die herrschenden Verhältnisse bzw. besonderen Interessen der »eigenen Leute« abhängt, keine Basis mehr finden. Die Anwesenheit »Fremder« in unserem Lande ist nur unter der Bedingung der eigenen Unterwerfung unter die jeweils bedrückende Realität eine scheinbare Quelle der Bedrohung. Unter der Bedingung der bewußten Wahrnehmung der Verantwortung für die gesellschaftlichen Verhältnisse ist das Zusammentreffen unterschiedlicher Denk- und Sichtweisen zugleich die Chance, auch die Begrenztheit unseres eigenen Verhaltens durch die jeweiligen Verhältnisse zu erkennen und uns zugleich unserer internationalen Verflechtung sowie Verpflichtung unmittelbar bewußt zu werden. Nur in dem Maße, wie wir die gesellschaftliche Bedingtheit unseres Verhaltens und damit unsere politische Verantwortlichkeit erkennen, sind wir handlungsfähig und zugleich auch unter einen gewissen Handlungsdruck gesetzt; und nur wenn wir uns der Abhängigkeit unserer Lebens- und Entwicklungsinteressen von denen anderer — im nationalen wie internationalen Maßstab — bewußt sind, werden wir unsere Mitmenschen nicht mehr primär als Kontrahenten/Konkurrenten, als innere oder äußere Bedrohung erleben, die die jeweils mühsam erkämpften Positionen im (Wett)Streit um die begrenzten Ressourcen gefährden, sondern als Teil unserer eigenen Möglichkeiten: Die »kulturellen Differenzen« zwischen »Inländern« und »Ausländern« werden so nicht mehr den Ansatzpunkt gegenseitiger Abgrenzung bieten, sondern vielmehr eine elementare Bedingung der allgemeinen Erweiterung menschlicher Entwicklungs- und Erlebnismöglichkeiten sein.

Der spezifisch psychologische Beitrag zur Durchsetzung und Realisierung dieser Erkenntnis besteht darin, die objektive und subjektive

Funktion und Wirkweise der personalisierenden Sichtweise, die sich unter dem Druck der gegebenen Verhältnisse »spontan« herstellt und durch die traditionelle Psychologie »wissenschaftlich« abgesichert und verbreitet wird, fundiert und differenziert zu analysieren. Nur in dem Maße, wie uns das gelingt, können wir auch den herrschenden Konsens über die Vorrangigkeit »deutscher Belange« und unsere aktive Beteiligung an der allgemeinen, elementare Menschenrechte verletzenden Politik durchdringen und damit eine notwendige Bedingung dafür schaffen, die »Ausgrenzung« als objektiv gegen unsere wirklichen Interessen gerichtete Daseinstechnik zu begreifen und begreiflich zu machen und so die Bedingungen uneingeschränkter Lebensqualität für alle verbessern zu helfen.

Literaturverzeichnis

- Ärzte-Gruppe Asyl, 1986, Abschrecken statt heilen. Zur medizinischen Versorgung von Asylsuchenden. Erweiterte Auflage.
- Riza Baran, blz — Berliner Lehrer/innen/Zeitung 2, 1986, 34-36
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1983: Das Ausländerproblem. Die Grundauffassung der Arbeitgeber. Köln.
- Dokumentation zum Hearing über die soziale und rechtliche Lage der Asylbewerber in West-Berlin (20.-22.1.1984): Abgelehnt, ausgewiesen, ausgeliefert. Herausgegeben für die »Gesellschaft für bedrohte Völker« Göttingen und Wien von Tessa Hofmann in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin
- Ulrich Dolata, 1986, »Überall sind Korrekturen nötig«. Die Unternehmerverbände und die Regierung Kohl, Blätter für deutsche und internationale Politik 4, S. 425-435
- Klaus Feske, 1985, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Betriebs- und Wohngruppen der SEW. Aus dem Referat auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der SEW, 10.10.86, Konsequenz 4, S. 122-131
- Kurt Hirsch, 1986, Harzburger Front in Europa? Das Erstarken der Rechtsradikalen und ihre Verbindungen zum Konservativen Lager, Blätter für deutsche und internationale Politik 4, S. 470-474
- Lutz Hoffmann und Herbert Even, 1985, »Sie beschäftigten uns wie Sklaven. Erfahrungen von Türken an deutschen Arbeitsplätzen. Abschlußbericht des Projekts OZ 6649 »Wahrnehmung der alltäglichen Ausländerfeindlichkeit in Industriebetrieben durch ausländische Arbeitnehmer«. Materialien des Zentrums für Wissenschaft und Praxis Heft 18, Universität Bielefeld.
- Mehrangis Montazami-Dabui, 1986, Mein Kind immer krank. Protokoll eines Dokumentarfilms über eine bundesdeutsche Wirklichkeit, in der nicht alle Türken Ali heißen und Wallraff sind, Konkret 2, S. 28-33
- Reinhard Opitz, 1983, Ausländerfeindlichkeit, »neue Rechte« und »Identität«. Kongress Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit am 16. und 17. Dezember 1983 in Frankfurt. herausgegeben vom Bund demokratischer Wissenschaftler, Marburg, S. 13-15
- Ute Osterkamp, 1984, Förderung von »Ausländerfeindlichkeit« zur Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsinteressen, Forum Kritische Psychologie 14, AS 114, S.110-127